

Freie Hansestadt Bremen Ortsamt Horn-Lehe			
PROTOKOLL der öffentlichen Beiratssitzung			
DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
18.08.2016	19.15 Uhr	21.40 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn
TEILNEHMER			
ORTSAMT:		I. Köstner, Vorsitzende K. Nenninger, Protokollführer	
BEIRAT:		siehe anliegende Liste	
Gäste:		Frau Dr. Rose (Soziales) Herr Feldmann (Revierleiter Polizeirevier Horn)	
TAGESORDNUNG:			
1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2016 3. Globalmittelanträge <ul style="list-style-type: none"> ▪ BM 14/2016 Bürgerverein Horn-Lehe, Reparatur und Neuanstrich der Flügel der Horner Mühle, Antrag über 10.000 € ▪ BM 18/2016 Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e.V., Anschaffung neuer Bücher und Hörbücher, Antrag über 1.000 € ▪ BM 19/2016 Kita Bremen Vorstraße, Außenspielgeräte für Spielplatz, Antrag über 2.000 € 4. Aktueller Sachstand zur Unterbringung, Betreuung und Beschulung von Geflüchteten im Stadtteil 5. Anträge des Beirates 6. Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung 7. Mitteilungen des Beiratssprechers 8. Mitteilungen des Orsamtes 9. Verschiedenes			

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Beiratsmitglieder sowie die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil.

Herr Leidreiter bittet um Aufnahme eines Punktes in das Protokoll vom 19.05.2016. Frau Köstner verweist auf Punkt 2 der Tagesordnung.

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt. **(einstimmig)**

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2016

Herr Leidreiter bittet jetzt um Aufnahme eines Sachverhaltes in das Protokoll vom 19.05.2016. Frau Köstner teilt an dieser Stelle mit, dass die gewünschte Ergänzung inhaltlich nicht zu einer Bereicherung des Diskussionsverlaufes beitrage oder neue Erkenntnisse liefere. Die Mitglieder des Beirates stimmen darüber ab, ob der Ergänzungswunsch in das Protokoll aufgenommen werden soll.

Beschluss: Die von Herrn Leidreiter beantragte Ergänzung des Protokolls wird bei 2 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: Im Weiteren wird das Protokoll ohne Änderungen oder Ergänzungen einstimmig (bei einer Enthaltung) genehmigt.

Zu TOP 3: Globalmittelanträge

BM 14/2016 Bürgerverein Horn-Lehe, Reparatur und Neuanstrich der Flügel der Horner Mühle, Antrag über 10.000 €

Frau Köstner teilt mit, dass der Antragsteller um Rückstellung des Antrages bittet, um weitere Fragen klären zu können.

BM 18/2016 Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e.V., Anschaffung neuer Bücher und Hörbücher, Antrag über 1.000 €

Frau Müller vom Förderverein begründet vor dem Beirat und dem Publikum ihren Globalmittelantrag. Wegen der Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im Gymnasium Horn bis voraussichtlich Dezember 2016, musste die Bibliothek des Fördervereins vorübergehend in einen kleineren Raum umziehen. Ein Drittel des Medienbestandes wurde ausgelagert. Um für die Leserinnen und Leser aktuell bleiben zu können, seien jährlich neue Bücher und Hörbücher erforderlich. Außerdem werde sich die Bibliothek nach Fertigstellung der neuen Räumlichkeiten von 80 auf 100 Quadratmeter vergrößern.

Herr Drechsel möchte von Frau Müller wissen, wie hoch der Nutzungszuwachs ist und ob die Bibliothek den Trend zu neuen Medien spüre.

Laut Frau Müller steige der Zuwachs an Nutzern durch die jährlich neuen Schüler am Gymnasium Horn. Sie könne aber nicht feststellen, dass sich die Zahlen in Summe erhöhten, da jedes Jahr auch Schülerinnen und Schüler die Schule verließen.

Frau Hanke hält die Aktualität der Bibliothek für dringend notwendig und unterstützt den Antrag.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen).

BM 19/2016 Kita Bremen Vorstraße, Außenspielgeräte für Spielplatz, Antrag über 2.000 €

Frau Sperling von der Kita Vorstraße stellt den Globalmittelantrag vor. Auf dem Außengelände der 40-jährigen Kita wurden in den letzten 2 Jahren mehrere auffällige Spiel- und Klettergeräte abgebaut. Dafür sei nun Ersatz notwendig. Das Außenspielgerät (ein Kletterschiff) sei Ergebnis eines Beteiligungsprozesses mit Kindern im Alter von drei bis zehn Jahren gewesen. Der Spielplatz werde von den Kita- und Hortkindern sowie Kindern aus dem Stadtteil intensiv genutzt.

Herr Koppel erkundigt sich nach den Gesamtkosten des Spielgerätes. Das Gesamtvolumen beläuft sich auf 13.000 Euro.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.
--

Herr Koppel bittet das Ortsamt, zukünftig die Gesamtkosten der Anträge in der Tagesordnung anzugeben, damit der Eigenanteil der Antragsteller verdeutlicht werde. Frau Köstner erklärt, dass diese den Beiräten ohnehin schon zur Verfügung gestellten Daten zukünftig auch für die Öffentlichkeit angegeben werden können.

Um der gerade erst eingetroffenen Referentin Frau Dr. Rose Zeit zur Vorbereitung zu geben, wird der TOP 5 mit Zustimmung der Beiratsmitglieder vorgezogen.

Zu TOP 5: Anträge des Beirates

Herr Gülke teilt mit, dass die CDU Fraktion einen Antrag zur Sanierung der Berckstraße mit Mitteln des Stadtteilbudgets einbringen wollte. In dem Antrag sollte das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) aufgefordert werden, den abgängigen Straßenbelag in der Berckstraße einschließlich der Eisenbahnuntertunnelung auf ganzer Länge noch in diesem Jahr zu erneuern. Interfraktionell wurde vereinbart, den Antrag in den am 29.08.2016 tagenden Ausschuss für Umweltschutz und Verkehr zu überweisen.

Frau Köstner erklärt kurz das Wesen des Stadtteilbudgets. Das Bremer Verwaltungsgericht hatte im Dezember 2015 nach Klage des Beirates Schwachhausen entschieden, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr verpflichtet ist, ein Budget zur eigenständigen Verwendung der Beiräte auszuweisen. Der Beirat verfüge über dieses Budget und bestimme, welche verkehrslenkenden, -beschränkenden oder –beruhigenden Maßnahmen im Stadtteil daraus finanziert werden. Das Budget beträgt für Horn-Lehe in den Jahren 2016 und 2017 jeweils 46.353,00 Euro.

Herr Mazur erklärt, dass es ebenfalls Anträge der Grünen gibt und bittet die übrigen Beiratsmitglieder, ebenfalls weitere Vorschläge zum nächsten Verkehrsausschuss einzureichen.

Herr Drechsel bittet um Mitteilung, wie hoch die Kosten der Sanierung der Berckstraße wären. Frau Köstner verweist hier auf sachkundige Referenten, die zur Sitzung des Fachausschusses eingeladen werden.

Herr Eichner sieht das Thema Stadtteilbudgets auch als Anregung für den Ausschuss Zukunft, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung.

Beschluss: Der Beirat beschließt, den Antrag der CDU Fraktion in den Ausschuss Umweltschutz und Verkehr am 29.08.2016 zu überweisen. **(einstimmig)**

Zu TOP 4: Aktueller Sachstand zur Unterbringung, Betreuung und Beschulung von Geflüchteten im Stadtteil

Frau Köstner begrüßt und stellt die zuständige Vertreterin der Sozialbehörde Frau Dr. Rose vor. Frau Köstner erklärt, dass sich der Beirat in den letzten Monaten häufig mit dem Thema Flucht und Geflüchtete befasst habe. In der Zwischenzeit seien wieder Veränderungen eingetreten, über die in der Beiratssitzung einmal mehr berichtet werden soll. Nach der Räumung der Zeltunterkunft in der Otto-Hahn-Allee und der Räumung der Turnhallen gäbe es im Stadtteil noch drei feste Wohnunterkünfte für jugendliche Geflüchtete. Sie fragt Frau Dr. Rose nach dem Sachstand zur Unterbringung, Betreuung und Beschulung von Geflüchteten. Außerdem stehe seit nunmehr einem Jahr die Frage der Mobilbauten Am Biologischen Garten noch im Raum. Zu den einzelnen Unterkünften kann sich Frau Dr. Rose nicht äußern und bittet um Verständigung mit den jeweiligen Einrichtungsleitungen. Frau Köstner betont, dass dieser Termin in der darauffolgenden Woche im Rahmen des Sozialausschusses stattfinde.

Allgemein sei die Situation im Stadtteil aber wie folgt: Bis Ende Oktober 2015 waren im Stadtgebiet Bremen noch zwischen 2.300 und 2.400 unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) untergebracht. Seit dem 01.11.2015 aber sinken die Zahlen. Folgende Gründe sind hier zu nennen:

- seit dem 01.11.2015 werden die in Bremen ankommenden umA aufgrund eines Verteilerschlüssels zum größten Teil auf andere Bundesländer verteilt.
- mit Erreichen des 18. Lebensjahres fallen die umA in der Regel aus der Betreuung für Jugendliche
- andere umA entziehen sich der Betreuung, und wandern in andere Bundesländer oder ins Ausland ab

Von den neu ankommenden umA sollen laut Verteilerschlüssel nur etwa 1 Prozent in Bremen bleiben. In der Realität liege die Zahl bei 10 bis 15 Prozent aufgrund von Familienzusammenführungen oder Krankheit. Auch wenn der Zuzug von umA seit November 2015 erheblich abgenommen

habe, bestehe weiter Unterbringungsbedarf in festen Einrichtungen. Etwa 500 Zeltplätze wurden aufgelöst. Eine anderweitige Unterbringung in festen Bauten sei dringend geboten.

Laut Frau Dr. Rose wurden die Pläne zur Errichtung von Modulbauten am Biologischen Garten gestoppt. Gründe hierfür sind der lange Planungsprozess bei Immobilien Bremen, ein nicht mehr gerechtfertigter Platzbedarf und eine immense Kostensteigerung. Unter Berücksichtigung der bremischen Haushaltslage wurde deshalb im Ressort entschieden, die Modulbauten nicht zu errichten.

An den Standorten Horner Eiche und Bunte Eiche werde aber weiter festgehalten.

Der Standort Berckstraße soll noch für die Dauer der Kita-Nutzung (ein Jahr) mit bis zu 40 umA belegt bleiben. Aufgestellt wurden die Container durch die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (Bremische). Grundlage der Nutzungsverlängerung über 23 Monate hinaus ist laut Frau Dr. Rose der § 64 der Bremische Landesbauordnung (BremLBO).

Frau Hanke bedauert an dieser Stelle die Entscheidung, die Modulbauten am Biologischen Garten nicht zu errichten. Sie verstehe nicht, warum Plätze in Zelteinrichtungen für Notfälle weiter bestehen blieben. Für Frau Hanke handele es sich hierbei um Sparen am falschen Ende. Sie bittet Frau Dr. Rose um Auskunft, ob die Einrichtung in der Berckstraße weiterhin eine Inobhutnahmestelle (ION) bleiben wird. Frau Dr. Rose bejaht diese Frage. Außerdem bittet Frau Hanke um Auskunft, warum noch nicht alle Flüchtlinge im Stadtteil registriert seien.

Herr Drechsel lobt die Sozialbehörde für die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit, zitiert einen alten lateinischen Rechtsgrundsatz und ökonomisches Prinzip „quid pro quo“ – „dieses für das“, auch vergleichbar mit den Aussprüchen „Manus manum lavat“ – „Eine Hand wäscht die andere“ und „do ut des“ – „Ich gebe, damit Du gibst“, um Frau Dr. Rose an die Versprechen der Sozialbehörde zu erinnern. Er fragt:

- warum es jetzt rechtlich möglich sei, die Einrichtung in der Berckstraße länger als 23 Monate zu nutzen?
- wie der Sachstand bei der Registrierung der Flüchtlinge laute?
- wie die Prognose für den Zuzug von Flüchtlingen laute und ob es für den Fall der Fälle Unterbringungspuffer gebe?

Laut Frau Dr. Rose ist die 23-Monatsregelung personengebunden, d.h. wenn die Untergebrachten vor Ablauf von 23 Monaten die Einrichtung wieder verlassen, kann die Genehmigung verlängert werden. Zum Thema Registrierung teilt Frau Dr. Rose mit, dass es laut ihres Wissens kaum mehr nicht registrierte umA gibt.

Der Leiter des Polizeireviers in Horn – Herr Feldmann – berichtet, dass es nach seinen Erfahrungen im zuständigen Polizeirevier doch häufiger vorkomme, dass umA nicht registriert sind. Frau Dr. Rose teilt dazu mit, dass ihr das so nicht bekannt sei. Bezüglich einer Prognose verweist sie auf bekannte Zahlen. Im November 2015 betrug die Zahl der zugezogenen erwachsenen Flüchtlinge im Stadtgebiet 1.937 Personen. Der Wert sei auf 179 Personen im Juli 2016 gesunken. Die Notunterkünfte seien nur noch zur Hälfte belegt und sollen deshalb bis auf zwei Zeltstandorte aufgelöst werden. Sie dienen als Puffer, für nicht planbare Notsituationen oder einen erneuten sprunghaften Anstieg von Flüchtlingszuzügen.

Frau Dr. Eckardt fordert per Zwischenruf, die Jugendlichen aus der Berckstraße aus Kostengründen in leerstehende Zelte unterzubringen, wenn die Kosten für das Zelt, den Zaun und das Wachpersonal sowieso anfielen. Die Hauptaktivität der Sozialbehörde liege nur in der Schaffung von Übergangwohnheimen (ÜWH).

Bei umA gibt es seitens des Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) keine Zuzugsprognosen. Bezüglich erwachsener Flüchtlinge geht das BAMF davon aus, dass die Situation so bleibt wie sie aktuell ist. Die Unterbringungspuffer werden laut Frau Dr. Rose trotz der Kosten aufrechterhalten.

Herr Quaß beklagt, dass die Zusage der Sozialsenatorin – die Einrichtung in der Berckstraße nur 23 Monate zu betreiben – nun nicht mehr eingehalten wird. Er spricht außerdem einen Vorfall im Juli 2016 in der Einrichtung Horner Eiche an, wo es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. In diesem Zusammenhang sei wohl festgestellt worden, dass etwa ein Drittel der umA nicht registriert sein. Er findet es besorgniserregend, dass Frau Dr. Rose nicht weiss, dass so viele umA noch nicht registriert sind. Er fragt Frau Dr. Rose nach den Verantwortlichen für die Registrierung, ob es Folgen für die Initiatoren der Auseinandersetzung geben hat oder wird, und ob es zutreffend sei, dass nur der Vormund über eventuelle Sanktionen wie beispielsweise Taschengeldkürzungen bei derartigen Vorfällen entscheiden könne.

Frau Bäuerlein beklagt hier ebenfalls das Verhalten der Sozialsenatorin und bringt in Erinnerung, dass seitens der Sozialbehörde versichert wurde, die Einrichtung in der Berckstraße nur 23 Monate als ION zu nutzen. Seitens des Beirates wurde darauf vertraut und dies auch so gegenüber der Bevölkerung des Stadtteils vertreten.

Frau Dr. Eckardt findet es befremdlich, dass in der Berckstraße Tatsachen geschaffen wurden. Sie bezweifelt die Rechtmäßigkeit des Handelns der Sozialbehörde. Weiter fragt sie Frau Dr. Rose, ob nicht geprüft wurde, die umA an anderen Standorten unterzubringen.

Frau Dr. Rose teilt daraufhin mit, dass zum Zeitpunkt der damaligen Planung mit nicht mehr als 23 Monaten gerechnet wurde. In Bremen sollten laut Sozialsenatorin Stahmann auch nie Zelte oder Turnhallen für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden. Dies musste aber trotzdem geschehen, da eine unerwartete Notsituation eintrat. Die weitere Nutzung der Berckstraße sieht sie aufgrund der vorhandenen Infrastruktur und der eingespielten Abläufe für weiterhin dringend notwendig.

Frau Dr. Rose gibt an, dass ihr nicht alle Vorfälle oder Sachstände in den Einrichtungen bekannt sind. Sie verlässt sich auf die monatlichen Meldungen der Einrichtungen. Die Hintergründe zu dem Vorfall im Juli 2016 in der Horner Eiche sind Frau Dr. Rose nicht bekannt. Sie sagt zu, sich nach der Höhe der nicht registrierten umA in den Einrichtungen im Stadtteil zu erkundigen. Bezüglich der angesprochenen Sanktionen liege das Hausrecht bei den Einrichtungen. Sanktionen wie beispielsweise die Kürzung des Taschengeldes können nur durch den Vormund veranlasst werden.

Herr Gülke beklagt die Unverlässlichkeit der Aussagen der Sozialbehörde in der Vergangenheit und stellt die Frage, was ein negatives Votum des Beirates zur Genehmigungsverlängerung der Containernutzung in der Berckstraße zur Folge hätte.

Herr Mazur stellt Frau Dr. Rose folgende Fragen:

- Gibt es eine Art Bewältigungsplan, wenn die Zahl der Flüchtlinge wieder zunimmt?
- Hat die Behörde aus der Vergangenheit etwas gelernt?
- Wie viele Jugendliche befinden sich aktuell in den drei Einrichtungen im Stadtteil?
- Werden seitens der Sozialbehörde noch Vormünder für die umA gesucht?
- Wie ist der Sachstand bezgl. der in Bremen verschwundenen umA?
- Wo verbleiben die Flüchtlinge aus dem Stadtteil, die dort in Zelten untergebracht waren?

Frau Dr. Rose beantwortet die Fragen wie folgt: Es entstehen in der Stadt große Kapazitäten für die Aufnahme von Flüchtlingen, die bei Anstieg der Zahlen sofort genutzt werden können. Es besteht kein Masterplan, aber die Abläufe seien gut eingespielt. In den drei Einrichtungen im Stadtteil sind ca. 200 Jugendliche untergebracht. Vormünder werden laut Frau Dr. Rose immer noch gebraucht und gesucht. Um dem Verschwinden von umA vorzubeugen, gibt es in Bremen ein neues Meldeverfahren. Bundesweit ist die Einrichtung einer Clearingstelle geplant.

Sollte der Beirat die Zustimmung zur Genehmigungsverlängerung der Containernutzung in der Berckstraße nicht geben, werde das Schlichtungsverfahren eingeleitet. Es wurde für die Containernutzung seitens der Behörde kein Rücktrittsvorbehalt vereinbart. Wo die Flüchtlinge aus den Zelten verblieben sind, konnte Frau Dr. Rose nicht beantworten. Frau Hanke teilt mit, dass die Familien aus der Otto-Hahn-Allee nach Hastedt verzogen seien.

Eine Bürgerin aus dem Publikum stellt sich als Neubürgerin vor und beklagt das schlechte Miteinander zwischen Behörde und Beirat.

Herr Feldmann teilt dem Beirat mit, dass er in der Vergangenheit bei der Sozialbehörde um Belegungslisten der Bewohner aller Einrichtungen im Stadtteil gebeten habe, um eine schnellere Zuordnung von Personen vornehmen zu können. Nach anfänglichen Schwierigkeiten stellten die ION Berckstraße und die Bunte Eiche die Listen regelmäßig zur Verfügung. Die Horner Eiche berufe sich weiter auf ein „Verbot“ der Sozialbehörde. Frau Dr. Rose sagt daraufhin die Klärung des Sachverhalts und die Übersendung der fehlenden Liste zu.

Frau Stuck teilt als Schulleiterin des Stadtteils mit, dass ihren Informationen zufolge alle grundschulpflichtigen Flüchtlingskinder im Stadtteil einen Schulplatz erhalten haben. Es sind insgesamt 47 Vorkurse an Bremer Grundschulen eingerichtet

Herr Porthun fragt, ab wann die Turnhalle in der Grazer Straße wieder genutzt werden kann. Frau Köstner teilt daraufhin mit, dass die Nutzung für Ende September anvisiert sei.

Herr Drechsel beklagt, dass der durch den Beirat - aus seiner Sicht - großzügig gewährte Termin zur Freigabe der Turnhalle in der Grazer Straße nicht eingehalten wurde. Er fordert ein zügiges Arbeiten, damit der Schulsport in dieser Halle wieder wie gewohnt stattfinden könne. Frau Dr. Rose erwidert, dass Versprechen manchmal schwer einzuhalten seien. Es werde an der Problembehebung gearbeitet.

Herr Drechsel hätte sich eine bessere Kommunikation seitens der Sozialbehörde gewünscht. Frau Dr. Rose zeigt Verständnis und nimmt den Hinweis für die Zukunft auf. Frau Köstner bittet Frau Dr. Rose die Kolleginnen und Kollegen im Sozialressort zu sensibilisieren und gegenüber Beirat und Ortsamt mehr Wertschätzung entgegenzubringen.

Anmerkung des Orsamtes:

Mit Schreiben vom 22.07.2016 übersandte die Baubehörde dem Ortsamt das Bauvorhaben: „Verlängerung der befristeten Baugenehmigung der bereits vorhandenen Wohncontainer für Flüchtlinge in der Berckstraße 10. Die Bremische Gesellschaft mbH stellt den Antrag auf Verlängerung der Baugenehmigung zur Aufstellung von Wohncontainern zu einer temporären Notunterkunft für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge bis zum 31.05.2017.

Die Mitglieder des Ausschusses Bau und Denkmalschutz des Beirates Horn-Lehe beschlossen in ihrer Sitzung am 11.08.2016 einstimmig, den Vorgang zur weiteren Behandlung und Beschlussfassung in die nächste Sitzung des Beirates zu überweisen.

Die Beiratsmitglieder diskutieren, ob sie einen Beschluss fassen möchten. Frau Köstner schlägt vor dem Hintergrund der Diskussion um die deutlich verspätet vorgelegten Anträge zur Bunten und zur Horner Eiche sowie der bereits durch die Sozialbehörde getroffenen Entscheidung der Vertragsverlängerung in der Berckstraße vor, den Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen und entsprechende Kritik gegenüber der Behörde zu formulieren.

Die CDU ist mit diesem Vorschlag nicht einverstanden und beantragt eine Abstimmung.

Die von Frau Köstner dreimal in den Raum gestellte Frage nach Unterbrechung der Sitzung aufgrund Beratungsbedarfs in den Fraktionen wurde nicht aufgegriffen.

Beschluss: Der Beirat stimmt der Verlängerung der befristeten Baugenehmigung bei 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.
--

Zu TOP 6: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Ein Bürger beklagt das steigende Verkehrsaufkommen in der Straße Achterdiek. Laut seinen Angaben wurden im Jahr 2000 bei einer Verkehrszählung 5.500 Fahrzeuge gezählt. Aus seiner Sicht hat das Verkehrsaufkommen erheblich zugenommen. Er befürchtet eine weitere Zunahme des Verkehrs, wenn der Büropark in Oberneuland eröffnet wird. Ein weiterer anwesender Anwohner

schlägt vor, die Straße Achterdiek in eine Einbahnstraße umzuwidmen. Frau Köstner fragt die Beiratsmitglieder, ob das Anliegen im Verkehrsausschuss behandelt werden soll. Herr Quaß signalisiert seine Zustimmung dazu, sieht aber keine Möglichkeit, dass das Problem durch den Beirat gelöst wird. Er verweist auf den entsprechenden Senatsbeschluss, und teilt mit, dass der Beirat in dieser Sache an seine Grenzen stößt.

Herr Metzging (Bewohner des Stadtteils) will die vier Multifunktionsgehäuse in der Leher Heerstraße 101 mit eigenen Motiven bemalen. Zwei der Gehäuse gehören der Telekom, die anderen beiden sind Eigentum der Firma Kabel Deutschland. Die Telekom hat Herrn Metzging die Erlaubnis zur Bemalung bereits erteilt. Laut Herrn Metzging wird er die Erlaubnis für eine Bemalung der anderen beiden Gehäuse erst erhalten, wenn seitens des Ortsamtes ein öffentliches Interesse bestätigt wird.

Frau Köstner regt an, dass sich die Beiratsmitglieder mit dem Anliegen auseinandersetzen und ihre Zustimmung oder Ablehnung signalisieren.

Frau Stuck und Herr Koppel unterstützen das Anliegen und bitten um die Unterstützung durch den Beirat.

Beschluss: Der Beirat unterstützt das Anliegen einstimmig und bittet das Ortsamt der Firma Kabel Deutschland das öffentliche Interesse zu bestätigen.

Zu TOP 7: Mitteilungen des Beiratssprechers ./.

Zu TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtes

Frau Köstner informiert über Termine und teilt mit, dass der Innensenator seine Teilnahme an der nächsten Sitzung des Beirates zugesagt habe.

Zu TOP 9: Verschiedenes

Herr Eichner erinnert an das am 20.08.2016 stattfindende Quartiersfest rund um das Jugendhaus Horn-Lehe.

Herr Mazur bittet zur nächsten Sitzung des Ausschusses Bildung und Kinder vor dem Hintergrund der Kitaplatzproblematik eine Vertretung der Bildungsbehörde einzuladen.

Herr Eichner teilt mit, dass auf der letzten Sitzung des Controllingausschusses dem nunmehr durch die Bürgerschaft erhöhtem Budget für Maßnahmen der offenen Jugendarbeit zugestimmt wurde.

Herr Drechsel beklagt, dass durch fehlende Behördenvertreter in den Beiratssitzungen Informationen fehlten. Er bittet das Ortsamt dafür zu sorgen, dass zu den entsprechenden Sitzungen Vertreter der Behörden anwesend sind. Außerdem regt er an, vorab einen durch den Beirat entwickelten Fragekatalog zu übersenden.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Stefan Quaß
- Beiratssprecher -

Knut Nenninger
- Protokollführer -